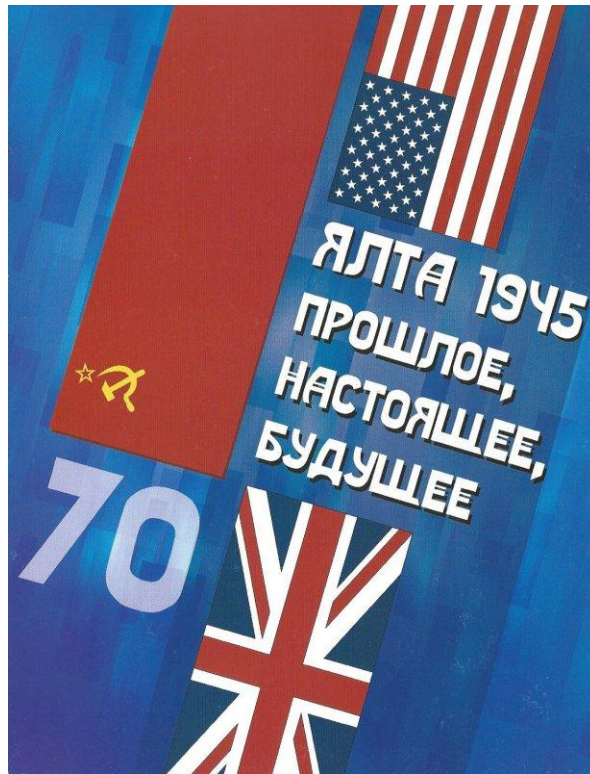


Karl-Heinz Wendt, Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums – epf –

Konferenz anlässlich des 70. Jahrestages der Konferenz von Jalta



Die aktuellen politischen Ereignisse vor allem in Mitteleuropa zeigen, dass es wichtig ist, sich mit den Gründen zu befassen, die zur Konferenz von Jalta und später in Potsdam führten und die notwendigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, was aus den völkerrechtlich verbindlichen Festlegungen dieser Konferenzen geworden ist.

Dazu wurde hier bereits umfangreiches Material dargelegt und ich möchte mich auf einige wenige Gedanken beschränken, die sich mit der heutigen Situation vor allem in Europa befassen.

Wir beobachten leider ein Wiederaufleben der faschistischen Ideen in vielen Ländern. Am deutlichsten wurde das in jüngster Zeit in der Ukraine, aber auch in anderen Ländern, wie in den baltischen Ländern, in Ungarn und auch Frankreich.

Über diese Erscheinung möchte ich vor allem zu Deutschland etwas sagen.

Wie bereits von Georgi Dimitroff formuliert wurde, ist **der Faschismus die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.**

In diesem Sinne ist dieser Faschismus, seine ideologischen Grundlagen nichts Neues. Er ist aber auf keinen Fall Nationalsozialismus, wie er immer wieder beschönigend bezeichnet wird. Denn Faschismus ist weder national noch ist er sozialistisch.

Betrachten wir die Hauptziele des deutschen Imperialismus, und das nicht erst seit der Machtübernahme Hitlers im Januar 1933, sondern schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, dann ging es ihm zu jeder Zeit darum, Rohstoffquellen, Absatzmärkte zu gewinnen und um die

Neuaufteilung der politischen Vor- und Weltherrschaft. Das verschärfte sich nach dem 1. Weltkrieg und mündete schließlich im 2. Weltkrieg. Dabei war der deutsche Imperialismus und Militarismus die Hauptkraft, der ohne Rücksicht auf Zivilisation und Völkerrecht zur Führung eines Krieges entschlossen war, dabei die nationale Souveränität der fremden Staaten mit Füßen trat und ganze Völker ausrotten wollte.

Der deutsche Imperialismus kämpfte dabei nicht nur um Teilhabe an der Beherrschung der Völker und Reichtümer der Welt, sondern um die völlige Beherrschung und Ausbeutung, um die alleinige, um die absolute Weltherrschaft. Mit seiner Aggression gegen die UdSSR verfolgte das deutsche Monopolkapital imperialistische Raub- und Klassenziele. Die Erreichung dieser Ziele sollte der wichtigste Schritt auf dem Weg zur Weltherrschaft sein.

Der historische Sieg der Antihitlerkoalition über den Hitlerfaschismus, zu dem die Sowjetunion, ihre heldenhafte Rote Armee die Hauptlast getragen haben, hatte diesem Treiben vorerst ein Ende gesetzt.

Es muss aber gesagt werden, dass sich die Zielstellung des deutschen Imperialismus seit seiner militärischen Niederlage im Mai 1945 nicht verändert hat. Daraus ergibt sich, dass diese Ziele über all die zurückliegenden Jahrzehnte nicht aus den Augen verloren wurden. Ihre Realisierung war jedoch durch die Existenz der soz. Staatengemeinschaft nicht möglich.

Erst mit dem Verschwinden der soz. Länder in Europa rückten die alten, unveränderten Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus wieder in den Bereich der Realität. Es führt hier zu weit, wenn auf die Rolle der USA beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland als Bollwerk gegen den Sozialismus in Europa detailliert eingegangen wird. Es bleibt aber festzustellen: Die BRD war von Anfang an ein antikommunistischer, reaktionärer Staat, der sich mit Hilfe der USA schnell zum stärksten wirtschaftlichen Staat in Europa entwickelte. Mit Hilfe und Duldung der USA war es möglich, eine Vielzahl von leitenden und mittleren zivilen und militärischen Kadern des 3. Reiches in den westdeutschen Staat zu integrieren. Festlegungen der Konferenzen von Jalta und Potsdam und anderer alliierter Abkommen wurden rücksichtslos gebrochen. Auch hier sind die Grundlagen für faschismusfreundliche Ideologien und Praktiken in der BRD zu erkennen.

Ich möchte daran erinnern, dass der deutsche Imperialismus auch in der Zeit, als wir gemeinsam versucht haben, sozialistische Gesellschaften aufzubauen, zu keiner Zeit seine expansiven Ziele aufgegeben hat. Die von Anfang an in die NATO eingebundene BRD hat nie ihre Hoffnung aufgegeben, die Ressourcen auch der Ukraine in Besitz zu nehmen oder wenigstens unter ihre Kontrolle zu bringen.

Deshalb ist die gegenwärtige Haltung der BRD zu den Entwicklungen in der Ukraine vor allem gegen Russland gerichtet. Deshalb nimmt sie die Beteiligung offen faschistischer Kräfte an der Regierung, die sich gewaltsam an die Macht geputscht hat, offiziell nicht zur Kenntnis, faschistischer Kräfte, die sich auf Bandera berufen, Bandera, der Unterstützer und Kollaborateur der deutschen Faschisten im 2. Weltkrieg war.

Reden und Taten unterscheiden sich bei den Mitgliedern der sogenannten „westlichen Wertegemeinschaft“ erheblich. Faschismus als Form der kap. Herrschaft ist wieder gesellschaftsfähig.

Unter diesen Bedingungen ist es verständlich, dass sich die Bevölkerung der Krim mit aller Entschiedenheit gegen eine faschistische Regierung gewandt hat und die Möglichkeit genutzt hat, sich wieder fest an Russland anzuschließen.

Die Reaktion des Westen auf diese Entscheidung der Krim und die Zustimmung der RF zur Angliederung der Krim zeigt deutlich die Verbitterung darüber, dass der Staatsstreich nicht so verlaufen ist, wie man sich das vorgestellt hatte.

Selbstverständlich sind die Mittel und Wege zur Durchsetzung der unveränderten Weltherrschaftspläne heute andere, als vor und während des 2. Weltkrieges. Man kann jedoch beobachten, dass der Einsatz militärischer Mittel nach wie vor von besonderem Gewicht ist und überall dort angewandt wird, wo es sich als möglich erweist, die aggressiven Herrschaftsansprüche gewaltsam durchzusetzen.

Dass sich diese Politik nicht geändert hatte, war spätestens 1999 beim Krieg gegen Jugoslawien zu erkennen, als unter fadenscheinigen Gründen ein nicht in die imperialistische Politik passender europäischer Staat zerschlagen wurde. Diese Politik wurde von den USA mit Unterstützung ihrer Verbündeten nicht nur in Europa fortgesetzt, sondern in allen Bereichen des postsowjetischen Raumes und natürlich im Irak, in Afghanistan, in Libyen, in Syrien, im Jemen und an anderen Orten. Überall ging und geht es um die Destabilisierung geopolitisch interessanter Räume. Und überall ist seit dem Jugoslawien-Krieg auch Deutschland mit der Bundeswehr beteiligt. Heute ist die BRD an 14 Auslandseinsätzen beteiligt, bei denen es nicht etwa um die Wahrung von Menschenrechten und ähnlichen humanitären Anliegen geht, sondern um die rechtzeitige und möglichst nachhaltige Beteiligung an Aktionen zur Erweiterung der Einflussphären.

Der Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung geostrategischer Ziele ist nur das scheinbar effektivste Mittel. Daneben spielen heute die Massenmedien, das Internet, die ideologische und psychologische Kriegführung, ökonomische und politische Sanktionen und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Deutschland beteiligt sich an all diesen Maßnahmen mit großem materiellen und finanziellen Aufwand.

Die aktuelle Politik der sogenannten Wertegemeinschaft – sprich EU, USA und NATO – gegenüber Russland spricht Bände. Nun sollte aber vor allem Deutschland sich der Erfahrungen erinnern, die es eben von mehr als 70 Jahren machte, als es von den als Untermenschen bezeichneten Bürgern der UdSSR, vernichtend geschlagen wurde und zu diesem Zeitpunkt seine Weltherrschaftspläne begraben musste. Es spricht eben für das faschistische Gedankengut, wenn in diesen Tagen die faschistoide ukrainische Führung als demokratisch bezeichnet wird und auch dem entsprechend behandelt wird. Gleichzeitig wird Russland die gebührende Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz – Birkenau verwehrt. Dort trat ausgerechnet der deutsche Bundespräsident als Redner auf. Das sind Dinge, die schwer zu begreifen sind.

Immer deutlicher werden aber auch Widersprüche sowohl innerhalb der EU als auch zwischen der EU und den USA. Der deutsche Führungsanspruch in der EU, der von der augenblicklichen starken Wirtschaftleistung abgeleitet wird, erinnert manchen in Europa an die Zeit vor und während des 2. Weltkrieges, als Deutschland weite Teile Europas rücksichtslos annectierte und deren Reichtümer ausbeutete. Darauf laufen ja auch die gegenwärtigen Bemühungen Deutschlands letztendlich hinaus. Für einige EU-Mitglieder, wie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien haben sich Regelungen der EU, die vornehmlich von Deutschland initiiert wurden, als katastrophal herausgestellt. Wenn im Ergebnis sogenannter Reformbemühungen in diesen Staaten Arbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend, sozialer Kahlschlag, Verlust staatlicher Souveränität u. a. m. die sozialen Konflikte kaum noch zu beherr-

schen sind, dann wird das in Deutschland als Erfolg der Reformpolitik dargestellt, die eben vor allem die Banken auf Kosten breiter Bevölkerungsschichten bedient.

Eben diese wirtschaftliche Stärke, mit der die BRD die EU immer weiter zu ihren Gunsten zu formieren versucht, wird zu einer immer größeren Belastung für die Beziehungen mit den USA. Die USA können objektiv nicht an einem einheitlich handelnden, ökonomisch starken Europa interessiert sein. Das widerspricht ihren ureigensten geopolitischen Interessen, die auf eine dauerhafte Weltherrschaft der USA, sowohl ökonomisch als auch militärisch, gerichtet sind. An diesen Weltherrschaftsambitionen haben die jüngsten Erklärungen des amerikanischen Präsidenten keinen Zweifel gelassen.

So sind wir gegenwärtig Zeugen intensiver Bemühungen der USA, auch die EU durch erzwungene permanente Aufrüstung und Einbeziehung in eigene militärische Auseinandersetzungen rund um den Erdball ökonomisch zu schwächen. Dabei ist die Ukraine zwar der im Moment gefährlichste Krisenherd, aber bei weitem nicht der einzige.

Wenn wir also auf die Jahrzehnte nach Jalta und Potsdam zurückblicken, dann müssen wir nüchtern einschätzen, dass auch dem deutschen Imperialismus friedliche Absichten gegenüber anderen Staaten und Völkern immer fremd waren. Perioden des scheinbar friedlichen Nebeneinander waren bei genauerer Betrachtung für den Imperialismus stets nur Pausen seines aggressiven Handelns, erzwungen durch die Kraft und Stärke seiner Gegenspieler.

Kriege sind kein Naturereignis, sondern systembedingte Erscheinungsformen imperialistischer Weltherrschaftsambitionen.